

## Seminar 3./4. Februar 2012, Mainz, Erbacher Hof: „Der ‚Arabische Frühling‘ – ein Frühling der Demokratie?“

*Um die Frage zu diskutieren, ob der ‚Arabische Frühling‘ seinem Namen gerecht wird, wie sich die Umbrüche in der arabischen Welt entwickelt haben und um einen Ausblick zu wagen, hatte das Bildungswerk Mainz zu einem Wochenendseminar geladen. Ausgewiesene Experten, ausgestattet mit Einblicken in die Befindlichkeiten in der Region, berichteten von ihren Erfahrungen und diskutierten mit den Teilnehmern.*

Der Leiter des Bildungswerkes Mainz, Karl-Heinz B. van Lier, eröffnete das Seminar mit der Fragestellung, ob überhaupt die Hoffnung auf einen ‚Frühling‘ berechtigt sei, oder ob sich die Demokratiebewegungen in der arabischen Welt nicht in einen eisigen Herbst oder gar Winter entwickeln werden.

**Dr. Wolfgang Muno**, derzeit Inhaber einer Vertretungsprofessur für Vergleichende Regierungslehre an der Universität Erfurt, referierte aus der Sicht eines Politikwissenschaftlers zum Thema „*Der Arabische Frühling – die vierte Welle der Demokratisierung?*“. Hierbei ging es in erster Linie um eine historische Einordnung der Geschehnisse, aber auch um eine Einordnung in den wissenschaftlichen Kontext der Demokratisierungsforschung. Die ersten Proteste, Aufstände und Revolutionsansätze der sogenannten ‚Arabellion‘, im Dezember 2010 richteten sich gegen die im jeweiligen Land herrschenden Regime und die politischen und sozialen Strukturen dieser Länder. Diese Entwicklungen, so Dr. Muno, waren aus wissenschaftlicher Sicht relativ unvorhersehbar und zeigten sich ähnlich überraschend wie der Zusammenbruch des Kommunismus.



Nach Samuel P. Huntington (*The Third Wave*, 1991)<sup>1</sup> ergab sich eine *erste lange und langsame Demokratisierungswelle* in den Jahren von 1828 bis 1926. Innerhalb dieses zeitlichen Rahmens ereigneten sich, z.B. durch die Einführung des Frauenwahlrechts, Demokratisierungsschübe überall auf der Welt. Die *zweite Demokratisierungswelle* verlief Huntington zufolge in der Nachkriegszeit zwischen 1943 und 1962, teils allerdings durch Zwangsdemokratisierung. Eine Gegenbewegung ließ sich hier bei den Militärdiktaturen der 60er und 70er Jahre vor allem in Südamerika feststellen. Eine *dritte Welle der Demokratisierung* reichte von 1974 bis 1990/91, also bis zum Zusammenbruch des Kommunismus. Sei dem Ende dieser Demokratisierungswelle gab es erstmals mehr Demokratien als Autokratien auf der Welt, bedingt v.a. in den Ländern des ehemaligen Ostblocks nach dem Ende des Kalten Krieges. Der Nahe und Mittlere Osten, so beschloss Dr. Muno diesen historischen Exkurs, ist die einzige Region der Welt, die von dieser dritten Welle der Demokratisierung nicht berührt wurde. Somit stellt sich aus wissenschaftlicher Sicht die Frage, was die spezifischen Kennzeichen der Region sind, dass sich diese Länder nicht demokratisierten und der Entwicklung gegenüber resistent waren und vielleicht auch noch sind.

<sup>1</sup> Vgl. hierzu auch Frankenberger, Rolf / Albrecht, Holger (Hrsg.): *Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Nomos Verlag 2010 sowie Schlumberger: *Autoritarismus und politische Reformen in der arabischen Welt*, 2008.

Die *politiktheoretischen Ansätze zur Erklärung von Demokratisierung* stellte Dr. Muno im Folgenden dar. Der strukturalistische Ansatz der *Modernisierungstheorie* geht von einem zunehmenden Wohlstand und der daraus resultierenden Herausbildung einer gesellschaftlichen Mittelschicht, bedingt durch die Modernisierung, aus. Der Ansatz folgert, dass hierbei die Entwicklung der Demokratie befördert wird. Zur Erinnerung: Gemessen am BIP pro Kopf sind die arabischen Staaten relativ wohlhabend. Die *Kulturtheorie* nimmt an, dass neopatrimoniale politische Systeme ihre Entsprechung in den patriarchalen Sozialstrukturen mit überwiegend informellen Entscheidungsmechanismen finden. Dies ergibt einen engen Zusammenhang mit der Frage, ob sich der Islam mit seinen Gesellschaftsstrukturen grundsätzlich mit der Demokratie vereinbaren lässt. Und sie zeigt auch, dass nicht zwangsweise islamische, aber sehr wohl arabische Länder keine demokratischer Ansätze zeigen, so der Politikwissenschaftler. Die *Strukturtheorie* wiederum zielt auf die Machtstrukturen von Rentenökonomien ab. In ressourcenreichen wie auch in ressourcenarme Staaten der arabischen Welt findet vielfach ein Ausgleich und Hilfeleistung statt, wenn der Staat selbst keine adäquate Allokation von Mitteln mehr leisten kann. So entstehen Rentenökonomien, nicht aber eigene Ökonomien, dafür aber stark aufgeblasene Bürokratien und in der Regel damit einhergehend auch ein aufgeblähter Sicherheitsapparat, die von aussen unterstützt werden. Muno weiter: „Ohne Steuersystem entstehen keine gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Bürgern und Staat („no taxation without representation“)“. Der rationalistisch geprägte Ansatz der *Akteurstheorie* beruht auf der Betrachtung der politischen Akteure und deren Kategorisierung in Eliten, Gegeneliten und Massen.

Die *verschiedenen Stadien der Demokratisierung* umriss Dr. Muno kurz mit den Schlagworten: Liberalisierung, Demokratisierung, Transition und Konsolidierung. Bezogen auf die gegenwärtig ablaufenden *Transitionen* im arabischen Raum ordnete er einige Länder der Region den verschiedenen folgenden Kategorien zu:

- a. geeinte Elite - Repression - Unterdrückung der Masse (Bahrain)
- b. geeinte Elite - Repression - Bürgerkrieg (Libyen, Syrien)
- c. geeinte Elite - Liberalisierung von oben - Regimeveränderung (Marokko, Jordanien)
- d. geeinte Elite - Versuch der Kooptation (Saudi-Arabien)
- e. Spaltung der Elite - Bündnis aus Liberalisierern und Masse - Regimeveränderung (Tunesien, Ägypten)

Zu den Ursachen des Umbruchs zitierte der Referent nach Volker Perthes „Die 2011er als neue politische Generation“. Zu diesem Ergebnis kommt man, betrachtet man vor allem die *Altersstruktur* in der arabischen Welt. Viele der betroffenen Länder, so hielt Muno fest, seine sehr junge Länder: 65-75% der Bevölkerung sind hier jünger als 35 Jahre. Die Alterskohorte der zwischen 1975 und 1990 Geborenen stellt ca. 30% der Gesamtbevölkerung in der Region. Es sei zudem die Generation mit den durchschnittlich höchsten Bildungsabschlüssen und somit sehr firm in der Nutzung neuer Medien. Gleichzeitig aber – und hier zeige sich nach Auffassung des Referenten die Problemlage – sind diese jungen Leute von der Partizipation an der Rentenökonomie weitestgehend ausgeschlossen und fühle sich auch von der (politischen) Teilhabe insgesamt ausgenommen. Der Begriff *„Révolution post-islamiste“* bedeutet folgerichtig nicht die Forderung nach mehr arabischem Nationalismus oder Islamismus. Die Konflikte über die Form der Demokratie müsse in ortsüblicher Weise ausgetragen werden und vermutlich werden nach Einschätzung Munos viele Probleme, z. B. der Rechtsstaatlichkeit, trotz einer formal-demokratischen Staatsform auftreten. Und abschließend: „Die

vorsichtige Prognose lautet, dass sich bestenfalls ein Herbst einstellt. Eine liberale Demokratie im westlichen Sinne wird es wohl nicht geben, allenfalls eine islamisch angehauchte Demokratie“.

**Thomas Birringer**, der Leiter des Regionalbüros Golfstaaten der Konrad-Adenauer-Stiftung in Abu Dhabi, rundete den ersten Abend des Seminars mit einem Vortrag zum Thema „*Bremser und Profiteure*“. Als das mit Abstand größte Land in der Region sei Ägypten in der Vergangenheit Ausgangspunkt für den politischen Islam und den Pan-Arabismus gewesen, so Birringer. Der regionale Schwerpunkt habe sich in den vergangenen Jahren allerdings von Ägypten wegbewegt, zugunsten Saudi-Arabiens (heute das zentrale Land in der Region mit insgesamt rund 25 Millionen Einwanderern und der Kontrolle über 20 Prozent des Weltöls) und der Golfregion insgesamt.



Es sei aber falsch davon auszugehen, dass aufgrund des Reichtums der Golfstaaten, der Arabische Frühling an diesen Staaten vorbeigegangen sei. Auch in den wohlhabenden Ländern der arabischen Welt sei der Auffassung des Büroleiters der Konrad-Adenauer-Stiftung zufolge eine neue Diskussionskultur zu spüren und der zunehmende Wille mitzugestalten. Im Rahmen dieser Entwicklung ginge es in erster Linie um ‚Würde‘ im Sinne eines würdevollen Lebens und mehr politischer Partizipationsmöglichkeiten. Bislang lebten die Rentierstaaten (z.B. auch Ägypten) in erster Linie von der Verteilung des Reichtums, nicht aber von der Allokation und somit der Förderung von Innovation, Produktivität und Kreativität. Hiergegen finde eine zunehmende Auflehnung statt.

Die Lage in Saudi-Arabien schätzt Birringer aufgrund seiner Beobachtungen als weniger stabil ein, als dies gemeinhin angenommen wird. Die saudi-arabische Region mit den größten Ölvorkommen wird von der zehnpromtigen schiitischen Minderheit des Landes bewohnt: „Hier gibt es regelmäßig Straßenschlachten und Unruhen, was unsere Presse vielfach nicht wahrnimmt“, erklärt Birringer. Zudem befinde sich das Land in einer heiklen dynastischen Situation. Der Königstitel werde in Saudi-Arabien unter den Brüdern weitergereicht, von denen jeder seinen Sohn bereits als potentiellen Nachfolger installiert und in diversen Institutionen des Staates untergebracht habe. Birringer schätzte diese Nachfolgekämpfe in der Summe als sehr bedrohliches Szenario ein, da vor allem keinerlei Informationen seitens des Königshauses nach außen drängen.

Das herausragendste Problem aber sei die zunehmende Konfessionalisierung des politischen Konfliktes, durch den teils echten, teils konstruierten Gegensatz zwischen Schiiten und Sunniten. Der Iran, so schildert Birringer, stelle sich immer mehr als Schutzmacht der Schiiten dar und befördere so die Angst vor dem Iran als regionale Hegemonialmacht. Das iranische Atomprogramm sei demnach das wichtigste Instrument des Landes, um die regionale Vormachtstellung zu festigen. Und weiter: „Bei Erfolg ist der Iran die einzige Nuklearmacht in der Region“. Hiervon fühlten sich die arabischen Golfstaaten stark bedroht - wenn nicht sogar stärker als Israel. Für Israel bestünde die aktuelle Bedrohung vor allem darin, dass sich die ‚schiitische Achse‘ (Iran, Syrien, Libanon) immer mehr in die Ecke gedrängt fühle: „Die letzte Möglichkeit sich zu legitimieren könnte für diese Staaten ein evozierter Krieg mit Israel sein, der den arabischen Raum wieder einigt“, meint Thomas Birringer.

Abschließend kategorisierte der Leiter des KAS-Regionalbüros für die Golfstaaten die Länder des Arabischen Frühlings in solche, mit erfolgreichen Revolutionen (Tunesien, Ägypten, Libyen), in

„Bremsenländer“ (Saudi-Arabien und die kleinen Monarchien der Region), in „Reformmonarchien“ (Marokko, Oman, Jordanien) und in Bürgerkriegsländern (Syrien, Jemen, evtl. auch Irak). Zwei Sonderfälle stellte Birringer hierbei heraus. Den Libanon, der aufgrund seiner religiösen Heterogenität heraussteche, und Algerien, das nach dem Bürgerkrieg derart traumatisiert sei, dass die Bevölkerung eine ähnliche Situation nicht mehr riskiere. Und so schloss Birringer mit dem Appell, dass Europa die Entwicklung vor allem im wirtschaftspolitischen Bereich fördern und positiv beeinflussen könne: „Den Menschen in der Region darf es nicht schlechter gehen nach den Revolutionen. Daher müssen zuallererst Investitionen getätigt werden“. *Der Arabische Frühling im regionalen Kontext*“ ab.



**Bernhard Lichte**, ZDF-Redakteur in der Hauptredaktion Politik und Zeitgeschehen sowie Reporter in Kairo eröffnete den zweiten Tag des Seminars mit einer Einordnung der derzeitigen Situation in Ägypten. Zum Thema „Ägypten oder ‚Die Revolution frisst ihre Kinder‘? Tod der Diktatur! Es lebe die Diktatur der Militärs, der Fundamentalisten?“ schilderte er seine Eindrücke und Einschätzungen der bisherigen Ereignisse betreffend und wagte einen Ausblick auf künftige Entwicklungen. Seit dem Jahrestag der ägyptischen Revolution am 25. Januar, so Lichte, kam es immer wieder zu Krawallen rund um das Parlament in Kairo, das am 23. Januar des Jahres eröffnet wurde. Diese gipfelten vorläufig im Stadionmassaker in Port Said am 2. Februar. Zum Hintergrund der Krawalle merkte er an, dass diese mit großer Sicherheit vom Militärrat geschürt werden. Einerseits, um den eigenen Abtritt mindestens heraus zu zögern, andererseits, um den Prozess Mubaraks zu verschleppen und aus dem Fokus der Öffentlichkeit heraus zu bringen. Nach Auffassung Lichte könne man nicht davon sprechen, dass die Revolution ihre Kinder fresse: „Die Revolution hat sich gar nicht durchgesetzt. Andere profitieren nun von der von Jugendlichen angestoßenen Revolution. Die jungen Leute aber sind die Verlierer und gehen zunehmend auf die Straße.“

Als weitere Verlierer der Gesamtentwicklung macht der ZDF-Reporter auch die Frauen im Land aus. Keine der als wählbar geltenden Parteien habe Frauenrechte im Programm. „Unter Mubarak“, erinnerte Lichte weiter, „gab es eine Frauenquote im Parlament. Heute finden sich unter den 508 Abgeordneten 12 Alibi-Frauen“. Als Siegerinnen allerdings betrachteten sich die verschleierte Frauen. Früher zeigten diese mit ihrer Verschleierung die Zugehörigkeit zu nicht wohlwollend betrachteten Gruppierungen des politischen Spektrums. Die gleichen Frauen sagen heute, dass die Möglichkeit zur ungehinderten Verschleierung ein Ergebnis der Revolution sei.

Kritisch bewertete der Referent auch die zeitliche Zerstückelung der Wahlen in drei Phasen, die er als Beeinflussung wertet sowie die Konflikte um die Frage des Modus vivendi bei der Bestimmung des Präsidenten, beziehungsweise bei der Wahl der Regierung. Die Demokratiegestaltung sei demnach sehr unklar: „Die Ägypter haben keine Erwartung mit und in Demokratie. Stattdessen herrscht die Erwartungshaltung vor, dass man nach einem demokratischen Umbruch vor allem wirtschaftlich besser dasteht“, führte Lichte aus. Da derzeit in erster Linie der Tourismus, die Haupteinkommensquelle des Landes wegbreche, sei dies besonders schwierig.

Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie sei nie einfach - gerade europäische Beispiele bezeugten dies. Zudem mahnte der ZDF-Redakteur an, dass auch unsererseits im Westen eine falsche Erwartungshaltung entstanden sei: „Das Regime muss weg, was danach passiert, ist aber völlig offen“. Die Forderer im Westen müssten mehr Unterstützung leisten und nicht nur Zusagen machen, gerade wegen des undurchsichtigen Einflusses Saudi-Arabiens als Geldgeber. „Die von dort unterstützten Salafisten haben ihre guten Wahlergebnisse von 22 Prozent meist mit wirtschaftspolitischen Versprechen eingefahren und dem Hinweis, man käme in die Hölle, wenn man sie nicht wählt“, unterstützte Lichte seine Argumentation. Die Unzulänglichkeiten und die entstehenden Notlagen der Bevölkerung des Rentierstaates Ägypten werden leider viel zu oft durch die Infrastruktur der Muslimbrüderschaft beseitigt. Nicht nur im weit gefächerten Spektrum der religiösen Parteien, sondern auch andere denken, sie müssten nun mehr und mehr zu Kümmererparteien werden, um erfolgreich zu sein.

Die Nagelprobe des Parlaments stehe aber noch aus: Wird es Handlanger des Militärrats oder tatsächlich ein unabhängiges Gremium? Die Druckmöglichkeiten vor allem auf den Militärrat seien sehr begrenzt, so der ZDF-Korrespondent, da zumeist Saudi-Arabien mit doppelten Zahlungen einspringe, wenn die USA den Geldhahn zudrehten. Insgesamt befänden sich 40 Prozent der gesamten ägyptischen Wirtschaft in der Hand des Militärs. Im Falle der fortschreitenden Demokratisierung würde dieser Besitz privatisiert werden. Dass dies naturgemäß außerhalb des Interesses des Militärs läge, sei demnach nur logisch. Zur Rolle der Medien wusste Bernhard Lichte zu berichten, dass diese für die Entwicklung zwar bedeutend sei und diese förderten, aber selbst die arabischen Sender teils als Bedrohung und Einflussnahme von außen angesehen werden. Eine Behinderung der Arbeit westlicher Medien konnte Lichte bislang nicht feststellen: „Es gibt keine Probleme beim Arbeiten, vor allem die Parlamentarier sind hier sehr offen“. An den Grundvoraussetzungen für journalistische Tätigkeit habe sich allerdings nichts geändert, die Informationsbeschaffung aber sei insgesamt einfacher geworden.

Aktionen gegen ausländische NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen) fußten in erster Linie auf den Gesetzen des Regimes Mubarak, erklärte Lichte. Und weiter: „Hier geht es um die mögliche Einflussnahme ausländischer Institutionen zugunsten der Opposition und um deren Finanzierung“. In Ägypten reagiere man insgesamt sehr sensibel auf den vermeintlichen Einfluss aus anderen Ländern. Die gegenwärtigen Probleme werden immer häufiger propagandistisch als die Folge ausländischer Einflussnahme dargestellt. Egal wer in Ägypten tätig werden wolle, er müsse hierzu „eingeladen werden“.

Das Fazit des Journalisten hatte zusammenfassend einen offenen Charakter. Die Entwicklung ginge stetig weiter, „der Endpunkt ist noch nicht erreicht, die Revolution geht ins zweite Jahr“, so Lichte.

Als letzter Gastredner beschloss **Bischof Anba Damian**, der Generalbischof der koptisch-orthodoxen Kirche in Deutschland, das Seminar und versuchte sich in seinem Vortrag der Frage „Arabischer Frühling, für die Moslem ein Frühling, für die Christen ein Herbst?“ anzunähern und zu zeigen, dass die Toleranz gegenüber anderen, fremden Religionen immer auch als Gradmesser für den Umfang der Demokratisierung gelten muss.

In seinem historischen Abriss über die Entstehung und Geschichte der Kopten, der Ureinwohner Ägyptens, verdeutlichte er das Selbstverständnis der koptischen Kirche als Ursprung mönchischen Lebens und als Märtyrerkirche (rund 2 Millionen Kopten starben als Märtyrer). Ägypten selbst war bis

zur muslimischen Eroberung 635 n. Chr. ein christliches Land. Heute seien die Kopten, so der Bischof, in ihrem eigenen Land keine gleichberechtigten Bürger, allein aufgrund der Tatsache, dass sie Christen seien. Die Unterdrückung aber habe viel Fleiß unter den ägyptischen Christen evoziert, da sie immer mehr leisten mussten und müssen, als andere. „Dass heute noch Christen in Ägypten leben, gleicht einem Achten Weltwunder“, meint Damian. Seit 2010 gingen die Kopten auf die Straße und demonstrierten. Als Vergeltungsmaßnahme wurde am 1. Januar 2011 eine koptische Kirche in Alexandria zum Ziel eines Bombenanschlags. Laut Scharia, berichtet der Bischof, ist die Verurteilung eines Moslems, der einen Christen getötet hat, nicht möglich. Infolgedessen werden die Akte gegen die koptischen Christen in Ägypten dauerhaft ungesühnt bleiben.

Die Atmosphäre in Ägypten sei gegenwärtig voller Spannung. Die koptisch-orthodoxen Christen im Land können sich nicht verteidigen, sie haben keine Fürsprecher. Zu Zeiten Mubaraks lebte man von dessen Gnade, nach seinem Sturz aber erstarkte der Islam. Die Kopten seien angesichts ihrer Lage dennoch nicht geknickt. Immer wieder, so die Schilderung Damians, finde er vor Ort durch Gespräche und durch Begegnungen die Möglichkeit sich spirituell zu inspirieren. Die aktuellen Ereignisse wie das Massaker im Stadion von Port Said erachtet der Bischof als eine „produzierte Geschichte“, die einzig dazu diene, den Fokus vom Mubarak-Prozess abzulenken. Die Revolution sieht er von den Kräften des Militärs geklaut: „Die Entwicklung ist der Facebook-Generation gegenüber unfair. Sie haben es nicht verdient, dass ihre Revolution zu einer islamistischen Bewegung wird“.



Abschließend fand der koptische Generalbischof versöhnliche Worte. Probleme, so Damian, gäbe es oft nicht mit den Menschen, sondern vielmehr mit der so andersartigen religiösen Lehre des Islam. Wir Christen in Europa müssten der ägyptischen Kopten zeigen, dass wir sie nicht vergessen haben und sie unterstützen: „Wir brauchen einander“, mahnte Anba Damian. Bislang sei die Unterstützung lediglich moralischer und verbaler Natur. Der interreligiöse Dialog, könne jedoch beide Seiten bereichern, „auch um die eigene Spiritualität wiederzuentdecken“.

Die abschließende Zusammenfassung **Karl-Heinz B. van Liers** zeigte, dass im Rahmen des Seminars nicht ausschließlich ein klares Bild vom derzeitigen Stand des Arabischen Frühlings gezeichnet werden konnte. Die Revolution selbst, so van Lier, sei nicht immer von klar definierten Zielen getragen gewesen. Deutlich aber wurde, dass das Beispiel des neu entstandenen Parlaments in Ägypten zeige, wie entgegen der Erwartungen eine sehr diffuse Machtsituation entstanden sei. Hierzu der Leiter des Bildungswerks Mainz: „Die Hoffnung des Westens war es, eine Demokratie zu ernten und wir glauben leider, dass dies schnell vonstatten gehen könnte und sollte“. Er mahnte Geduld an angesichts der Stagnation der Entwicklungen.